

Abschiebungsstopp für Roma aus dem Kosovo! Keine Abschiebung auf die Müllkippe (Plenarsitzung vom 10.09.2009)

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe diesen Antrag hier eingebracht, denn in großer Zahl werden seit Wochen Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgefordert, Deutschland „freiwillig“ zu verlassen. Tun sie das nicht, droht ihnen die Abschiebung.

Nach mehreren Verhandlungsrunden zwischen Deutschland und kosovarischen Behördenvertretern über den Abschluss eines Übernahmeabkommens hat sich die kosovarische Seite einverstanden erklärt, Rückübernahmeersuchen für alle ausreisepflichtigen Personen zu behandeln und auf die Frage der Volkszugehörigkeit dabei keine Rücksicht mehr zu nehmen. Das war lange nicht so der Fall. Damit können Roma ab sofort auch abgeschoben werden.

Aus meiner Sicht sind die nun beabsichtigten Abschiebungen unverantwortlich. Eine Abschiebung der Roma-Flüchtlinge aus Deutschland ist aus humanitären Gründen nicht hinnehmbar. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich war mehrmals im Kosovo und habe gesehen, wie die Menschen dort leben. Es sind menschenunwürdige Zustände. Die Leute leben dort in Lagern, in Blechhütten, in Zelten. Es gibt keine humanitären Bedingungen, unter denen sie dort leben könnten. Kinder, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, haben dort überhaupt keine Perspektive.

Sie haben hier die Schule besucht und sind hier groß geworden. Sie sind Deutsche im besten Sinne, und sie sind hier auch integriert. Ihre Heimat ist Deutschland.

Die Vorgehensweise steht im eklatanten Widerspruch zur tatsächlichen Situation der Roma im Kosovo. Wer heute Roma dorthin abschiebt, der weiß, dass sie fast ausnahmslos in den Slums oder auf der Müllkippe landen. Roma sind im Kosovo weiterhin Opfer massiver Diskriminierung. Ihr Zugang zu elementaren Lebenschancen ist damit faktisch verhindert. Eine Vielzahl von Menschenrechtsorganisationen kommt zu demselben Ergebnis wie ich.

Ich kann Ihnen auch sagen, dass viele der Roma im Kosovo überhaupt keine Perspektive haben zu leben. Sie gehen zurück nach Serbien. Viele von ihnen leben dann auf den Müllhalden von Belgrad. Deswegen auch die Überschrift dieses Antrages. Um das drastisch auszudrücken: Die Perspektive der jungen Menschen, der Jugendlichen ist so, dass die Jungen kriminell werden und die Mädchen auf den Strich gehen. Das ist die Realität dessen, was dort passiert.

Das erkennen Sie, wenn Sie mal dort gewesen sind und mit Roma-Organisationen oder Menschenrechtsorganisationen gesprochen haben.

Es kommt im Kosovo auch immer wieder zu rassistischen Übergriffen durch die kosovo-albanische Bevölkerungsmehrheit. Die UNMIK hat in ihrem letzten Bericht deshalb festgestellt, dass die

Rückkehr von gefährdeten Bevölkerungsgruppen, zu denen die Roma zählen, Sorge bereitet.

Viele Roma aus dem Kosovo leben noch immer als Flüchtlinge ohne festen Status in den europäischen Ländern. Leider ist es auch hier in der Bundesrepublik so, dass sie immer noch keine dauerhafte Perspektive haben.

Deswegen habe ich diesen Antrag vorgelegt und mehrere Forderungen aufgestellt:

- erstens, für die nächste Innenministerkonferenz ein Antrag einzubringen, der einen Abschiebungsstopp für Roma aus dem Kosovo vorsieht;
- zweitens, einen vorläufigen Abschiebungsstopp vorzunehmen, bis eine entsprechende Regelung getroffen ist;
- drittens, darüber hinaus bei der nächsten Innenministerkonferenz einen Antrag für ein Bleiberecht aus humanitären Gründen für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien einzubringen; denn dasselbe, was ich für die Roma aus dem Kosovo gesagt habe, gilt auch für die Roma aus Serbien. Viele von denen sind allerdings abgeschoben worden und leben jetzt unter solchen Bedingungen.
- viertens, einen Antrag für eine grundsätzliche und dauerhafte Altfallregelung zu stellen.

Ich hoffe, dass wir hier tatsächlich eine Mehrheit für eine solche Regelung finden. Ich würde es mir wünschen. Ich weiß, dass in Münster unter anderem der CDU-Bundestagsabgeordnete Polenz gesagt hat, er wolle sich für eine entsprechende Regelung einsetzen. Auch in Münster gibt es Menschen aus anderen Parteien, die dies erklärt haben.

Ich würde mir wünschen, dass man jenseits von politischen Debatten und Unterschiedlichkeiten vielleicht in dieser humanitären Frage zumindest zu einer Einigung kommt, die für diese Menschen dauerhaft Lebensbedingungen schafft, unter denen sie tatsächlich leben können. Das gilt insbesondere für die vielen Kinder, die davon betroffen sind. – Danke schön.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnetenkollege Schmitz das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.